

Englands und Frankreichs Stellung zum
Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten
von Amerika 1861—65.

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doctorwürde
der philosophischen Fakultät

der

K. Ludwig-Maximilians-Universität in München

vorgelegt

von

Wm. C. Teichmann

aus St. Louis.

München, 1885.

K. Hof- und Universitäts-Buchdruckerei von Dr. C. Wolf & Sohn in München.

Im Jahre 1861 kam der seit vielen Jahren sich beständig verschärfende Konflikt zwischen den sog. nördlichen und südlichen Staaten der nordamerikanischen Union zum gewaltsamen Ausbruch und führte zu jenem gewaltigen Ringen, welches vier Jahre später mit der völligen Besiegung der Südstaaten sowie Unterdrückung ihrer Bestrebungen endete.

Als eine der entscheidendsten Ursachen, auf welche man die Entstehung dieses Konfliktes zurückführen muss, ist die Sklaverei zu betrachten.

Die südlichen Staaten hatten bei Annahme der Bundesverfassung 1787 die Duldung der Sklaverei in ihrem Bereiche zur Bedingung gemacht. Nur mit Widerstreben bewilligten die nördlichen Staaten diesen Preis des Bundes; denn die Sklaverei war ihnen verhasst. Sie machten es sich deshalb zur Aufgabe, diese möglichst auf das Gebiet jener südlichen Staaten einzuschränken. Letztere dagegen hielten es für eine Nothwendigkeit, durch beständige Kräftigung ihres Einflusses die Unterdrückung der ihnen wirtschaftlich unentbehrlich erscheinenden Sklaverei unmöglich zu machen.

Die Sklavereifrage war indessen nicht die alleinige Ursache, sondern tiefgehende sociale und wirthschaftliche Gegensätze traten hinzu.

Bis zum Unabhängigkeitskampfe mit dem Mutterlande standen die damaligen 13 englischen Kolonien nur in einem

losen Zusammenhänge. Unabhängig von einander, war ihre Gründung aus ganz heterogenen Elementen erfolgt. Während in dem nördlichen Theile sich die demokratischen Puritaner und „Quaker“ ansiedelten, hatten vorzugsweise in den südlichen Gegenden aus England vertriebene Aristokraten Niederlassungen gegründet. Das heisse Klima führte in letzteren früh zum Anbau von solchen Rohprodukten, welche eine grosse Anzahl von Feldarbeitern erforderten. Die geringe Einwanderung dieser veranlasste daher früh eine Importirung von afrikanischen Negersklaven. Dagegen herrschte im Norden mehr Ackerbau vor und später, nach Erfindung der Maschinen, die Industrie. Als letztere allmählig mächtig wurde, entstanden schutzzöllnerische Bestrebungen, die der Süden fortwährend bekämpfte, weil dieselben seinen eigenen Interessen zuwiderliefen, insoferne die Fabrikate, welche aus seinen Rohstoffen hergestellt wurden, in Folge des Schutzzolles in ihrem Preise stiegen und ausserdem Retorsionen von Seiten des Auslandes befürchtet wurden.

Die südlichen Plantagenbesitzer, stolz auf ihre zum Theil aristokratische Abstammung, führten auch eine streng aristokratische Gliederung der Gesellschaft durch, die sich nach und nach auch auf die neu hinzutretenden Sklavestaaten erstreckte, währenddem der Norden sich demokratisirte.

Die unabhängige Lebensstellung der Plantagenbesitzer ermöglichte ihnen eine rege Antheilnahme am politischen Leben. Viele der hervorragendsten Staatsmänner gingen aus dem Süden hervor, und dieser übte daher oft einen präponderirenden Einfluss auf das politische Leben in der Union aus.

So hatte sich allmählig ein auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens schroff hervortretender Kontrast gebildet.

Dennoch waren die Achtung vor der Verfassung der «Väter», die geschichtlichen Erinnerungen und der wirthschaftliche Verkehr so stark, dass vereinzelte Trennungs-

bestrebungen leicht und rasch unterdrückt werden konnten. Erst als in den nördlichsten, sog. Neu-England-Staaten eine Partei der «Abolitionists» heranwuchs und für eine radikale Abschaffung der Sklaverei eintrat, fanden jene Trennungsbestrebungen Anklang in einzelnen Südstaaten.

Ueber ein halbes Jahrhundert hindurch kämpften diese beiden Richtungen mit wechselndem Glück um die Herrschaft in Regierung und Gesetzgebung,

Bei der Aufnahme neuer Staaten in den Bund war jedesmal Gewährung oder Verbot der Sklaverei im neuen Staat die entscheidende Frage.

Lange hielten sich beide Parteien die Waage und selbst als der Norden den Süden wirthschaftlich und in Bevölkerungszahl bereits weit überflügelt hatte, wusste der Süden durch bessere Einigkeit und fähigere Führer das Gleichgewicht doch noch Jahrzehnte lang zu erhalten.

Noch einmal siegte im Jahre 1856 die dem Süden freundlich gesinnte demokratische Partei bei der Präsidentenwahl; aber die neu entstandene, zum Theil abolitionistische, republikanische Partei war nur mit geringer Majorität besiegt und bildete im Congress zwar die Minorität, hatte aber dennoch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Um die Frage der Ausdehnung der Sklaverei auf die Territorien, namentlich Kansas, wurde im Kongress ein erbitterter Kampf geführt. Mit grosser Spannung folgte diesem das Volk. Siegte der Norden, so war die Bildung neuer Sklavenstaaten nicht mehr möglich und die radikale Durchführung der abolitionistischen Ideen nur eine Frage der Zeit. Als der Kongress schliesslich nach langen Debatten Kansas die Entscheidung selbst überliess, war damit indirekt der Süden unterlegen, denn die Erreichung seines Zweckes, durch fremden Zuzug aus den Sklavenstaaten die Abstimmung zu seinen Gunsten zu lenken, scheiterte an dem Widerstande der Einwohner von Kansas, welche die Sklaverei mit grosser Majorität ablehnten.

Nach diesem Wendepunkte bildete sich unter dem radikalen Theile der südlichen Führer eine geheime Gesellschaft, welche systematisch die Secession der Südstaaten vorbereitete. An der Spitze stand Jefferson Davis, ein Mann, dessen Scharfsinn, Verschlagenheit und Thatkraft ihn besonders zu dieser Führerrolle befähigten. Eine ungeheure Aufgabe lag vor: Es musste zunächst der Widerstand eines grossen Theiles der südstaatlichen Bevölkerung gegen die Secession überwunden werden. Nur ein einiger Süden, der die gesammte Bevölkerung von 5 000 000 in sich schloss, bereit seine Unabhängigkeit bis auf's Aeusserste zu vertheidigen, konnte hoffen, durch die Alternative: »friedliche Trennung oder Bürgerkrieg« dem Norden die Unabhängigkeit abzurufen. Gleichzeitig musste man die militärische Kraft organisiren, ohne aufzufallen und den Norden zu allarmiren, sowie die Mittel zur Kriegführung herbeischaffen, kurzum eine geheime Rüstung im grossartigsten Stile durchführen. Mit grossem Geschick verfolgte nun jene geheime Gesellschaft, welche sich »goldener Zirkel« nannte, ihr Ziel. Durch Presse, Literatur und eine regsame Agitation wurde die südliche Bevölkerung fortwährend an das Fortschreiten der abolitionistischen Bestrebungen im Norden erinnert.

Ein im Keim erstickter Putsch eines Abolitionisten, John Brown, der mit einer handvoll Leute bei Harper's Ferry 1859 die Sklaven zu befreien versuchte und zum Sklavenaufstand animiren wollte, rief im Norden und Süden eine neue Aufregung der Gemüther hervor.

Ihren Höhepunkt aber erhielt die beiderseitige Erregung im Präsidentenwahlkampf 1860. Die bisher mit Hilfe des Südens herrschende demokratische Partei spaltete sich, indem der nördliche Flügel derselben, der rapid zunehmenden Popularität abolitionistischer Ideen Rechnung tragend, zwar die Sklaverei in den Südstaaten bestehen lassen, den Territorien aber die Entscheidung selbst überlassen wollte. In Folge dessen trennte sich der südliche

Flügel vom nördlichen und beide stellten eigene Kandidaten auf; ihre Aussichten wurden noch mehr geschwächt durch einen dritten Kandidaten, welcher für Sklaverei und Aufrechterhaltung der Union eintrat.

Damit ward der republikanischen Partei der Sieg wesentlich erleichtert und ihr Repräsentant Lincoln wurde am 4. November erwählt.

Der goldene Zirkel hatte dieses Resultat vorausgesehen und in dem heissen Wahlkampf fortwährend darauf hingewiesen, um so auch den letzten Theil secessionsfeindlicher Bevölkerung im Süden für die Trennung zu gewinnen.

In geschickter Weise wurde der Staat, der dieselbe am leidenschaftlichsten wünschte, veranlasst voranzugehen, um die andern mit fortzureissen, was denn auch völlig gelang, so dass nach einer Agitation innerhalb von 6 Wochen 7 Staaten ihren Austritt aus dem Unionsverbande erklärten und am 4. Februar 1861 einen neuen Bund, ähnlich dem der Vereinigten Staaten, unter dem Namen »Conföderirte Staaten von Amerika« bildeten. Drei weitere folgten innerhalb von drei Monaten nach, während von den fünf übrigen Sklavenstaaten die einen sich neutral stellten, die andern, bei welchen die nördliche Stimmung vorwog, zur Union hielten.

Der demokratische Präsident Buchanan, welcher sein Amt noch bis zum 4. März des nächsten Jahres verwaltete, erkannte auf Grund der »Souveränität jedes Staates« das Recht auf Secession an und auch der Congress versuchte, trotz der Nichtanerkennung dieses Rechtes, zunächst nur auf friedlichem Wege den Streit zu schlichten, indem er erklärte, die Sklaverei in den Südstaaten nicht antasten zu wollen. Die Stimmung im Norden war entschieden gegen Gewaltmassregeln, und der überwiegende Theil der nördlichen Bevölkerung glaubte, der Süden würde in die Union zurückkehren, sobald ihm die Garantie

gegeben, dass in seinem Bereiche die Sklaverei nie beseitigt werden solle.¹⁾

Als am 4. März Lincoln sein Amt antrat, gab er diesen Gesinnungen Ausdruck in den Worten: "I have no purpose, directly or indirectly, to interfere with the institution of slavery in the States where it exists. I believe I have no lawful right to do so, and I have no inclination to do so."²⁾

Aber er erklärte auch entschieden für die Aufrechterhaltung der Union eintreten zu wollen. "I therefore consider that in view of the Constitution and the laws, the Union is unbroken; and to the extent of my ability, I shall take care, as the Constitution itself expressly enjoins me, that the laws of the Union be faithfully executed in all the States."³⁾

Vergebens bemühten sich Lincoln und sein Cabinet, die Südstaaten zur Rückkehr in den Bund zu bewegen. Man glaubte im Süden nicht an die Dauer der Garantien und wollte die unter so günstigen Umständen erlangte Unabhängigkeit nicht wieder preisgeben. Die Milde und Nachgiebigkeit des Nordens wurde für Schwäche gehalten und auf diese, sowie auf die dort vorhandene Abneigung gegen Krieg bauend, hoffte man, durch Festigkeit die Anerkennung der Conföderation zu erreichen. Wochenlang dauerte dieser Zustand des Abwartens, der Spannung und der Scheu vor dem ersten aggressiven Schritt, bis mit dem Bombardement des Unionsforts Sumter im Hafen von Charleston am 12. April von Seiten der »Conföderation« die Feindseligkeiten eröffnet wurden.

Ein Sturm des Unwillens im Norden folgte dieser That und die bisherige milde Stimmung schlug nun ganz in das Gegentheil um. Von allen Seiten strömten die Freiwilligen auf den Ruf des Präsidenten herbei und bald

¹⁾ Amyot, Archives diplomatiques 1862 II 36. 38.

²⁾ Aegidi, Staatsarchiv I 106, 107.

³⁾ Aegidi, Staatsarchiv I 108.

war die von ihm in der Proklamation vom 17. April geforderte Anzahl von 75 000 Volontärs beisammen.

Nicht weniger eifrig war man inzwischen im Süden, wo Präsident Davis den Widerstand organisirte. Hier waren es die Staatsmilizen, welche zuerst einberufen wurden. Sie waren den nördlichen Milizen in der Ausbildung sowie in der Leistungsfähigkeit überlegen, da jene nur einen Paradezweck erfüllten, diese aber, obgleich zunächst durch das Gefallen am militärischen Wesen entstanden, doch hauptsächlich dazu bestimmt waren, der Gefahr von Sklavenaufständen zu begegnen.

Dieser Umstand, sowie der Uebertritt vieler Unions-offiziere und zwar gerade der fähigsten, die meist aus dem Süden stammten, gab diesem zu Anfang eine gewisse Ueberlegenheit in militärischer Beziehung, die noch wesentlich erhöht wurde dadurch, dass in den letzten Monaten der Regierung Buchanan's der südlich gesinnte Kriegsminister einen grossen Theil des Kriegsmaterials und zwar den besten aus den nördlichen in die südlichen Arsenalen geschafft hatte.

Doch alle diese militärischen Vortheile waren nur vorübergehender Natur und wogen die in der Bevölkerungszahl liegende Ueberlegenheit des Feindes nicht auf. Ferner war derselbe wirthschaftlich ganz unabhängig, während in Ernährung und Bekleidung der Süden stets auf ihn und das Ausland angewiesen war.¹⁾

Was konnte die südlichen Führer bewegen, trotz alledem die Secession zu wagen? Drei Umstände waren entscheidend:

- 1) Das Vertrauen auf die schon geschilderten militärischen Vortheile, mit deren Hilfe man auf dem kolossalen Terrain von 700,000 Quadratmeilen — Potomac, Ohio und Mississippi — den Feind zu ermüden rechnete.
- 2) Die Hoffnung auf Spaltung des Nordens. Denn dort versuchte man die Sympathien der „Demokraten“ bis

¹⁾ Senior, Conversations II. 172. — Mangold, Gesch. d. am. Bürgerkr. — W. H. Russell, My Diary North and South II 39.

zur Theilnahme am Kriege gegen die Unionisten anzufachen und so das Gleichgewicht herzustellen, eine Hoffnung, die sich nur theilweise erfüllte.

3) Die Erwartung europäischer, besonders englischer und französischer Intervention.

Die beiden Westmächte von Europa hatten wichtige Handelsinteressen im Süden.

Frankreich bezog aus seinem Tabaksmonopol jährlich eine Einnahme von 38,000,000 Dollars und in England bezifferte sich der Werth der jährlich eingeführten Baumwolle auf 350,000,000 Dollars; beide Produkte aber kamen aus den Südstaaten.¹⁾ Ein Sechstel der englischen Bevölkerung hing von Fabrikation und Handel der Baumwolle mehr oder weniger ab.²⁾

Wie sicher deshalb der Süden darauf rechnete, dass England und Frankreich, vollends nachdem der Feind die südlichen Häfen durch die Blockadeerklärung vom 19. April 1861 vom Seeverkehr abgeschlossen hatte, interveniren würden, ist aus den Berichten von Augenzeugen ersichtlich.

Pollard, ein südlicher Historiker, schreibt im Jahre 1862: "Five millions of souls in England were interested, in one way or the other in the cotton manufacture; and the South calculated, with reason, that the blockade would be raised by foreign intervention, rather than that one sixth of the population of the British Isles would be permitted to be thrown out of employment by a decree or fulmination of the Yankee government at Washington."³⁾

W. H. Russell, welcher als Correspondent der »London Times« im Jahre 1861 die Vereinigten Staaten bereiste, schildert in seinem Tagebuch, wie allgemein im Süden die Hoffnung auf Intervention war. "We know that England must recognise us" "You must recognise us,

¹⁾ Pollard, First year of the War in Am. 206. — Mangold, Gesch. d. am. Bürgerkriegs 507.

²⁾ Pollard, First year of am. War 206. — Mangold 507. — Pollard, Lost Cause 130. — Draper, The civil War in Am. II, 511.

³⁾ Pollard, First year of Am. War 206.

Sir, bevor the end of October" "They were all persuaded, that Great Britain would speedily recognise the South" "He, like everyone else, is convinced that recognition must come soon." "They behold the empires of Europe, with their manufactures, their industry, and their wealth, prostrate at the base of their throne, crying out, "Cotton! More Cotton! That is all we ask."¹)

Senior, ein englischer Nationalökonom, welcher sich damals in Paris aufhielt, berichtet in seinen »Conversations«, dass die Vertreter der »Conföderation« zuversichtlich die Anerkennung des neuen Staates und Hebung der Blockade erwarteten.²)

Als die Frage der Secession im Dezember 1860 in der Legislatur von Süd-Carolina verhandelt wurde, erklärten in der Sitzung vom 17. die Führer der Secession sogar: "We have it from high authority that the representative of one of the imperial powers of Europe, in view of this prospective separation from the Union, has made propositions in advance for the establishment of such relations between it and the government about to be established in this state, as will insure to that power such a supply of cotton for the future as an increasing demand for that article will require."³)

Es lässt sich nicht ermitteln, wo und mit welchem Vertreter einer „imperial power“ Europas derartige Verhandlungen stattgefunden, und es bleibt nur die Vermuthung übrig, dass Frankreich, dessen Kaiser aus verschiedenen noch zu nennenden Gründen zu jener Zeit das meiste Interesse an der Secession hatte, jene Macht gewesen sein kann.

Wie war nun die Stimmung der Mächte für eine Intervention?

¹) W. H. Russell, My Diary North and South I 171. 178. 215. 253. 261. 282. 334. 343. 376. II 63.

²) Senior, Conversations II 8. 133.

³) Draper, The civil War in Am. I 512. — Mangold Gesch. d. am. Bürgerkr. 138.

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Mutterlande waren zu Ende des Jahres 1860 trotz einzelner Differenzen, wie die San Juan-Frage, sehr freundliche. Eine Reise des Prinzen von Wales durch die Vereinigten Staaten, 1860, hatte viel dazu beigetragen und führte am Schlusse derselben zu einem Notenaustausch, worin dem ein entsprechender Ausdruck gegeben wurde.¹⁾

Als nun mit dem neuen Jahre der Konflikt zwischen den Nord- und Südstaaten zum Ausbruch kam, da waren die Sympathien des englischen Volkes vorwiegend auf Seite der ersteren.²⁾ Die Sklaverei galt ihm für eine inhumane Institution, deren Ausrottung man für eine Frage der Zeit hielt. Mit Interesse verfolgte man in England die abolitionistische Bewegung und glaubte in der Erwählung Lincoln's den Sieg derselben zu gewahren. Als aber die conservative Majorität in der republikanischen Partei und mit ihr Lincoln, ihrem Programm gemäss die Sklaverei nur in den neuen Territorien bekämpfen zu wollen erklärten, verwandelten sich jene Sympathien in Gleichgültigkeit.³⁾ Aber der Handelsverkehr in den Vereinigten Staaten war zu bedeutend und die wirthschaftlichen Interessen Englands zu sehr davon beeinflusst, als dass dieser Staat indifferent hätte bleiben können. War schon durch Verhinderung der Baumwollen-, Tabak-, Zucker- und Reisausfuhr aus den südlichen Staaten die Blockade eine Calamität für Millionen von Engländern, so trat nun im März 1861 mit der Annahme eines hohen schutzzöllnerischen Tarifs seitens der Vereinigten Staaten ein neuer Faktor hinzu, der die Animosität wesentlich verschärfte.

Die englische Presse führte nun von Frühjahr 1861 an eine heftige Sprache gegen die Union, und namentlich

¹⁾ Blaine Twenty Years of Congress 567. — Papers rel. to the Treaty of Wash. I 19. — Martin, Leben des Prinzen Albert V 248—55.

²⁾ Bulloch, The Secret Service of the Confed. St's in Europe II 304.

³⁾ Mc. Carthy, History of our Own Times III 275.

die »London Times«, der Gradmesser der öffentlichen Meinung trug viel dazu bei, die Stimmung zu verbittern.¹⁾

Die Vertreter der »Conföderation« suchten diesen Umschlag im Sinne der Intervention zu verwerthen und betonten fortwährend, dass ihr Staat entschieden freihändlerisch gesinnt sei. Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Russell, berichtet am 11. Mai über eine Unterredung mit ihnen an den Gesandten in Washington folgendermassen: "The principal of these causes (of secession), he said, was not slavery, but the very high price which, for the sake of protecting the Northern manufacturers, the South were obliged to pay for the manufactured goods which they required. One of the first acts of the Southern Congress was to reduce these duties and to prove their sincerity, he gave as an instance that Louisiana had given up altogether that protection, on her sugar, which she enjoyed by the Legislation of the United States."²⁾

Unter solchen Umständen konnte sich bald die Meinung in England verbreiten, die Secession drehe sich um Freihandel. Die Times schreibt deshalb: "The warmest friends of the Union cannot expect our merchants to celebrate its obsequies by self-immolation". "In Birmingham, nearly £ 3.800.000 worth of cutlery is made worthless" "We warn the government of the United States that in attempting to exclude at one blow £ 20.000.000 of exports from their territory, they have undertaken a task quite beyond their power." "It is for their trade that the South are resolved to fight. They dissolved the Union to create more slave states — that is, to make more cotton. They undertook the war for the very object that we have most at heart."³⁾

Man sah den Norden als den Störenfried an, da er dem Süden den friedlichen Austritt aus der Union nicht

¹⁾ Draper, II 511—513.

²⁾ Mc. Pherson, Pol. History of the Rebellion 27.

³⁾ Draper, II 511—513.

gestatten wollte. Als die ersten grösseren militärischen Erfolge der Südstaaten bekannt wurden, erregten sie in England unverhohlene Bewunderung und führten bei Vielen zu der Ueberzeugung einer dauernden Widerstandsfähigkeit des Südens. Der grössere Theil der Aristokratie, der Industriellen und des Kaufmannsstandes machte aus seinen südlichen Gesinnungen gar kein Hehl und suchte seinen Einfluss auf Regierung und Parlament für eine Anerkennung und Blockadehebung fortwährend zur Geltung zu bringen.¹⁾ Wie verhielt sich nun die Regierung diesen Bestrebungen gegenüber einerseits und den Vereinigten Staaten gegenüber andererseits?

Gleich nachdem die ersten Nachrichten über den Angriff auf Fort Sumter in England eingetroffen waren, kam es zu einer Interpellation im Parlament, die der Regierung Gelegenheit gab, sich über ihre Politik zu äussern. Ihr Vertreter erklärte am 29. April im Oberhause, dass einer grossen und unabhängigen Nation Rathschläge, welche sich auf ihre innern Angelegenheiten beziehen, nicht willkommen sein könnten, wenn sie angeboten würden, ohne verlangt zu sein. Der englische Gesandte in Wahsington sei zwar instruiert worden, dem Wunsche der englischen Regierung nach einer friedlichen Beilegung des Konfliktes bei jeder passenden Gelegenheit Ausdruck zu geben; jedoch solle dies nur geschehen, wenn darum nachgesucht worden sei.²⁾ Wenige Tage darauf legte der Minister des Auswärtigen, Lord Russell, seine Politik noch klarer dar, indem er hervorhob, die Regierung halte es für ihre Pflicht, jede Theilnahme an dem beklagenswerthen Kampfe zu vermeiden, und nur die gebieterische Pflicht, britische Interessen zu beschützen, rechtfertigte im Falle einer Verletzung letzterer eine Einmischung der Regierung.³⁾

¹⁾ Mc. Carthy, III 299.

²⁾ Hansard's Parliamentary Debates CLXII 1209. House of Lords Sitzung v. 29. April 1861.

³⁾ Hansard, CLXII 1378. H. of Commons. Sitzung vom 2. Mai 1861.

Also eine entschiedene Neutralitätserklärung! Entsprach nun das Verhalten der englischen Diplomatie diesen Versicherungen völlig? Ehe der Konflikt ausbrach, nahm die englische Regierung wiederholt Gelegenheit, in London und in Washington ihr Bedauern über denselben sowie ihre Hoffnung auf eine friedliche Beilegung auszudrücken, und vermied es sorgfältig Partei zu ergreifen.¹⁾

Die Blockadeerklärung veranlasste sie jedoch zu einer Handlung, die den Südstaaten von grossem Nutzen wurde. Noch ehe ihr die Blockadeerklärung offiziell angezeigt und nur durch vorausgeeilte Zeitungsnachrichten bekannt geworden war, anerkannte die englische Regierung die Conföderation bereits als defakto Regierung d. h. als «kriegführende», und erliess eine Neutralitätserklärung.

Der völkerrechtliche Satz, dass eine Macht nicht ihre eigenen Häfen blockiren könne und mit der Blockadeerklärung deshalb eine indirekte Anerkennung als defakto Regierung erfolgt sei, diente als Grund.²⁾

Warum beugte dem das Washingtoner Cabinet nicht einfach vor, indem es die südlichen Häfen »schloss«? Das lag wohl in seiner Absicht, wurde indessen aufgegeben, als der englische Vertreter in Uebereinstimmung mit dem französischen erklärte, eine solche Schliessung würde die englische Regierung für null und nichtig erachten, "would consider a decree closing the ports of the South actually in possession of the insurgent or Confederate States, as null and void, and that they would not submit to measures on the high seas in pursuance of such decree."³⁾

Dass hier nicht etwa eine Ueberschreitung der Vollmachten seitens des englischen Gesandten vorlag, sondern sein Verfahren zum mindesten von der englischen Regierung gebilligt worden, beweist der Umstand, dass am 27. Juni desselben Jahres im Parlament Lord Russell wohl einer Regierung das Recht auf Schliessung ihrer

¹⁾ Amyot, Archives dipl. 1862 I 369, 1862 II 38 ff.

²⁾ Papers, rel. to the Tr. of Wash. 25. 26.

³⁾ Blaine, Twenty years of Congress 573.

Häfen zugestand, aber nur in Friedenszeiten unbedingt; im Falle eines Aufstandes oder Bürgerkrieges jedoch sprach er ihr dieses Recht in Bezug auf diejenigen Häfen, welche sich de facto im Besitze der Insurgenten befänden, ab und zwar auf Grund »juristischen Rathes«. ¹⁾

Es geschah dies gelegentlich der Berathung über einen derartigen Fall im Staate Neu-Granada; aber es ist nicht unmöglich, dass Russell deshalb das neue Princip so betonte, weil gerade in jener Zeit der Congress der Vereinigten Staaten den Beschluss fassen wollte, die südlichen Häfen noch nachträglich zu »schliessen«, um die Blockadebrecher unter das amerikanische Criminalgesetz zu bringen, wozu er denn auch bald darauf, am 13. Juli, dem Präsidenten die Ermächtigung gab. Doch wurde das Gesetz von letzterem nicht ausgeführt und die Blockade nicht aufgehoben.

Die Anerkennung als »Kriegführende« war für die Südstaaten von grossem militärischen und maritimen Werthe; denn sie ermöglichte ihnen, ihr Kriegsmaterial, bezüglich dessen sie auf das Ausland angewiesen waren, aus England zu beziehen. Eigens dazu bevollmächtigte Agenten machten grosse Einkäufe an Contrebande, die trotz der bald scharfen Blockade doch meist in geschickt geführten Blockadebrechern an ihren Bestimmungsort gelangten. Freilich haben auch die Vereinigten Staaten einen Theil ihres Kriegsmaterials aus England bezogen, dessen Werth sich auf £ 2 000 000 belief ²⁾; indess dies konnte nicht den Vortheil, welcher der »kriegführenden« südstaatlichen »Macht« aus der Neutralitätserklärung Englands erwuchs, abschwächen.

Es trat in Folge dessen in den Nordstaaten eine erbitterte Stimmung gegen England an die Stelle der bisher freundschaftlichen; dieselbe wurde noch erhöht durch die heftigen Angriffe der englischen Presse, sowie durch das fernere Verhalten des englischen Cabinets. Da

¹⁾ Mangold, 547.

²⁾ Papers, rel. to the Treaty of Wash. IV 345.

die südstaatliche »Regierung« Kaperbriefe ausstellte, entschloss sich die Washingtoner Regierung, der »Pariser Deklaration« vom 16. April 1856, worin die europäischen Grossmächte die Kaperei für abgeschafft erklärten, beizutreten, was sie bis dahin abgelehnt hatte, weil die Kaperei eine ihrer wirksamsten Waffen in einem eventuellen Kriege gegen England ist.¹⁾

Dem englischen Cabinet war es deshalb sehr erwünscht, jenen Beitritt herbeigeführt zu sehen und es wurde am 6. Mai der englische Gesandte in Paris beauftragt, eine Uebereinkunft mit der kaiserlichen Regierung zu erzielen, um die beiden »Kriegführenden« zu einer Anerkennung der Pariser Deklaration zu bewegen. Dazu war auch das Washingtoner Cabinet bereit.²⁾ Als aber Lord Russell, in einer Unterredung mit dem amerikanischen Gesandten Adams, an die Annahme des Beitritts der Vereinigten Staaten die Bedingung knüpfte, dass die Anwendung der Deklaration auf den bestehenden Bürgerkrieg nicht zugelassen würde, und auch der französische Minister des Auswärtigen eine ähnliche Erklärung abgab, weigerte sich die Unionsregierung beizutreten. Denn gerade das, was die Bedingung verhindern sollte, war ja der Zweck des Beitritts.

Allerdings konnte England nach der Anerkennung einer »de facto« Regierung mit dem Recht als »Kriegführende«, wollte es konsequent bleiben, nicht gut einwilligen, deren Kreuzer als Piraten zu behandeln, wozu es verpflichtet gewesen wäre im Falle einer unbedingten Annahme. Aber es liess sich damit auch eine Gelegenheit entgehen, den Vereinigten Staaten eine für England im Kriegfall gefährliche Waffe zu entreissen.

Ein weiterer Schritt des englischen Cabinets, der die Beziehungen noch mehr spannte, war der officiële Auftrag an den englischen Gesandten in Washington, mit der »Conföderirten Regierung« über den Beitritt zur Pariser

¹⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1861 I 127.

²⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1862 I 35.

Deklaration zu verhandeln. Zwar sollte dies durch eine nicht offizielle Mittelperson geschehen, immerhin aber war es eine Unterhandlung mit einer sog. »Regierung«, die von den Vereinigten Staaten offiziell als eine »aufständische«, als »Rebellion« bezeichnet worden war. Die Folge dieser verschiedenen Handlungen war, dass in den Nordstaaten England gegenüber die feindselige Stimmung sich bedeutend verschärfte und namentlich die Presse einen äusserst heftigen Ton gegen England anschlug. W. H. Russell berichtet in seinem Tagebuche darüber:

“The declaration of Lord J. Russell that the Southern Confederacy should have limited belligerent rights, had at first created a thrill of exultation in the South, because the politicians believed that in this concession was contained the principle of recognition; while it had stung to fury the people of the North, to whom it seemed the first warning of the coming disunion.”

“Much as the South found fault with the British minister for the views he had expressed, the North appears much more indignant, and denounces in the press what the journalists are pleased to call ‘the hostility of the Foreign Minister to the United States.’”

“The North affects to consider the declaration of neutrality, and the concession of limited belligerent rights to the seceding States, as deeply injurious and insulting; whereas our course has, in fact, removed the greatest difficulty from the path of the Washington Cabinet, and saved us from inconsistencies and serious risks in our course of action.” “There is, I perceive, a good deal of ill feeling towards Great Britain.”

“A great outcry had arisen in the North against the course and policy of England, and the journal I represented was assailed on all sides as a Secession organ, favourable to the rebels and exceedingly hostile to the Federal Government and the cause of the Union.” “These small questions in the present condition of affairs cause irritation; but if the United States were not distracted

by civil war, they would be seized eagerly as pretexts to excite the popular mind against Great Britain."

"The sentiment of dislike towards England is increasing, because the English have assisted the South by smuggling and running the blockade."¹⁾

Es bedurfte nur eines äusseren Anlasses, um zu zeigen, wie leicht der Uebergang einer solchen Animosität der beiden Völker in eine kriegerische Stimmung sich vollziehen konnte. Und diesen Anlass lieferte bald die Trentaffaire.

Die Anhaltung des englischen Dampfers »Trent« durch ein amerikanisches Kriegsschiff und die völkerrechtswidrige Verhaftung zweier als Passagiere an Bord des »Trent« befindlicher Agenten der Südstaaten ward mit Jubel in den Vereinigten Staaten als eine That begrüsst, die vollständig zu rechtfertigen sei. Das Volk kümmerte sich um die völkerrechtliche Frage wenig, und die Presse war von ihrer Abneigung gegen England so beherrscht, dass sie nur zum Theil diese Seite der Affaire erörterte und die Handlungsweise des amerikanischen Capitäns, Wilkes, für durchaus korrekt erklärte, somit auch jede Desavouirung derselben principiell verwerfen musste. Dies war die Stellung, welche die Presse, wenigstens in ihrer grossen Majorität, einnahm.²⁾

Im Congress nahm das Repräsentantenhaus eine Resolution an, welche Wilkes' Verhalten billigte und den Präsidenten beauftragte, ihm eine goldene Medaille zu überreichen.³⁾

Indessen verlangte zur selben Zeit das englische Volk energisch eine Genugthuung. Die Entrüstung über die Trentaffaire war so gross, dass ihr unbedingt Rechnung getragen werden musste. An der ernsten Absicht der Regierung, im Fall der Verweigerung zur Kriegserklärung

¹⁾ W. H. Russell, My Diary N. u. S. II 29. 54. 63. 89. 113. 211. 339. 400.

²⁾ Mangold, 776. — Russell My Diary N. u. S. II 405, 407, 411, 421.

³⁾ Mc. Pherson, Pol. Hist. of the Rebellion 343. — Mangold 777.

zu schreiten, ist nicht zu zweifeln und sie wäre dazu sicher von dem erregten Volke durch das Parlament gezwungen worden. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial wurde verboten, es wurden Truppen nach Canada beordert und die ersten Schritte zur Rüstung gethan.¹⁾

Am 30. November sandte Russell Instruktionen an den englischen Gesandten in Washington, Lyons, worin dieser beauftragt wird, in bestimmtem aber freundlichem Tone die Auslieferung der Gefangenen und eine entsprechende Entschuldigung zu verlangen.²⁾ Zu gleicher Zeit erhielt Lyons die vertrauliche Instruktion: "Should Mr. Seward ask for delay, in order that this grave and painful matter should be deliberately considered, you will consent to a delay not exceeding seven days. If at the end of that time no answer is given, or if any other answer is given except that of compliance with the demands of her majesty's government your lordship is instructed to leave Washington, with all the members of your legation."³⁾

Es verdient erwähnt zu werden, dass die freundliche Fassung der officiellen Depesche wesentlich dem Einfluss des Prinzen Albert zuzuschreiben ist, welcher, ungeachtet seiner schweren Krankheit, den Verlauf der Affaire genau verfolgte und wohl am meisten geneigt war, eine friedliche Lösung herbeizuführen.⁴⁾ Auf seine Veranlassung hin wurde demgemäss der Depesche folgender Satz eingefügt: "Her Majesty's Government bearing in mind the friendly relations, which have long subsisted between Great Britain and the United States, are willing to believe that the United States naval officer who committed the aggression was not acting in compliance with any authority

¹⁾ Mc. Carthy, Hist. of Our Own Times 306. — Martin, Leben des Prinzen Albert V 429.

²⁾ Mc. Pherson, Pol. Hist. of the Rebellion 338. — Aegidi, Staatsarchiv 1862 I 48.

³⁾ Blaine, Twenty Years of Congress 581. — Draper II 542.

⁴⁾ Th. Martin, Leben d. Prinzen Albert V 431.

from his Government, or that if he conceived himself to be so authorized he greatly misunderstood the instructions which he had received." ¹⁾

Die »Einstimmigkeit der Gesinnung« in England bestätigt Th. Weed, welcher im Auftrage der Unionsregierung als diplomatischer Agent Europa bereiste, und »war so sehr davon betroffen, dass er Seward schriftlich den Rath ertheilte, sich den britischen Forderungen zu unterwerfen.²⁾« Auch die diplomatischen Vertreter der fremden Regierungen in Washington riethen Seward zum Nachgeben und wurden von ihren Vorgesetzten in diesem Sinne instruiert. Fast immer wurde dabei hervorgehoben und nachdrücklich betont, dass England in diesem Fall im Rechte sei.

Die Stellung zur Frage war für die Regierung in Washington eine äusserst schwierige. Volk, Presse und Congress verlangten in ihrer grossen Mehrheit die Verweigerung der Auslieferung, da sie nicht an den Ernst der englischen Forderung glaubten. Erst als die Nachrichten über die englischen Rüstungen eintrafen, erkannten die Besonnenen die Lage: Auslieferung oder Krieg. Dennoch wollte man erstere nicht zugestehen und das Repräsentantenhaus beschloss am 16. Dezember nochmals das Verhalten Wilkes' zu billigen und den Präsidenten zu beauftragen, die Gefangenen nicht anzuliefern, d. h. auch fernerhin gefangen zu halten.³⁾

Lyons berichtet an seine Regierung am 19. November, dass er ein Nachgeben für unwahrscheinlich halte, für möglich jedoch, wenn weitere Nachrichten über die Rüstungen zum Krieg und Entschlossenheit von Regierung und Volk einträfen.⁴⁾

W. H. Russell, welcher zu jener Zeit gerade in Washington war, schreibt über die Stimmung: "The pa-

¹⁾ Mc. Pherson, Pol. Hist. of the Rebellion 338. — Aegidi, Staatsarchiv 1862 I 48.

²⁾ Th. Martin, V 435.

³⁾ Mc. Pherson, Pol. Hist. of the Rebellion 343.

⁴⁾ Th. Martin, V 429.

pers contain joyous articles on the Trent affair, and some have got up an immense amount of learning at a short notice." "There is a storm of exultation sweeping over the land. Wilkes is the hero of the hour."

"All the american. papers have agreed that the Trent business is quite according to law, custom, and international comity, and that England can do nothing." "The Trent affair, having been proved to be legal and right beyond yea or nay, has dropped out of the minds of all save those who are waiting on news from England." "The people had made up their minds John Bull would acquiesce in the seizure, and not say a word about it; or they affected to think so; and the cry of anger which has resounded through the land and the unmistakable tone of the British press, at once surprise, and irritate, and disappoint them. The american journals nevertheless pretend to think it is a mere vulgar excitement, and that the press is only indulging in its habitual bluster." "The general belief of the diplomatists is, that the prisoners, will not be given up." „The people are certain that war is inevitable.”¹⁾

Doch die Regierung hatte sich schon von Anfang an mit ziemlicher Bestimmtheit dahin entschlossen, einen Krieg mit England zu vermeiden und bereits am 30. November schrieb Seward an Adams: »Captain Wilkes having acted without any instruction from the Government, the subject is therefore free from embarrassment, which might have resulted if the act had been specially directed by us. I trust that the British Government will consider the subject in a friendly temper and it may expect the best disposition on the part of this Government.”²⁾

Bevor Seward Russell's Depesche vom 30. November erhielt, erklärte er, dass Alles von der Fassung derselben abhängt. Gleich nachdem Seward sie empfangen, begab

¹⁾ Russell, My Diary N. u. S. II 404. 405. 407. 421. 425.

²⁾ Mc. Pherson, 338. — Aegidi, Staatsarchiv 1862 I. 50.

er sich zu Lyons und drückt ihm seine Freude über den freundlichen Ton der Depesche aus.¹⁾ Wie sehr diese ihm seine Aufgabe, die Regierung für die Auslieferung zu gewinnen, erleichterte, bezeugte Lyons' Depesche vom 27. Dezbr.²⁾ Am 26. Dezember acceptirte Seward die englischen Forderungen in einer langen Depesche³⁾

Wichtig für die friedliche Lösung war auch der Umstand, dass Präsident Lincoln von vornherein das Verfahren Wilkes', welches zwar der Marineminister belobte, missbilligt hatte. Lincoln sagte gleich: "Captain Wilkes has undoubtedly meant well, but it will never answer. This is the very thing the British captains used to do. They claimed the right of searching the american ships and carrying men out of them. That was the cause of the War of 1812, Now, we cannot abandon our own principles; we shall have to give these men up, and apologize for what we have done."⁴⁾

Anerkannt muss ferner werden, dass England auch bei der Art der Auslieferung entgegenkam, wenigstens was die Form betrifft. Es gab nämlich zu, dass die Gefangenen auf einem nordstaatlichen Kriegsschiff nach einem kleinen Hafen im Staate Maine gebracht und dort einem englischen Schiffe, so still wie irgend möglich übergeben werden sollten, um so die nationale Empfindlichkeit thunlichst zu schonen.⁵⁾

Die Nachgiebigkeit des Washingtoner Cabinets kam einem grossen Theil von Volk und Presse unerwartet und wurde erst allmählig gebilligt.

Die Zeitungen hatten wiederholt auf manche Präzedenzfälle hingewiesen, wo England ähnliche Akte wie

¹⁾ Martin, V 436.

²⁾ Amyot, Archives dipl. 1862 II 124.

³⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1862 I 52. — Blaine, Twenty Years of Congress 583. 585.

⁴⁾ Draper, II 541.

⁵⁾ Russell, My Diary II 429. — Blaine, Twenty Years of Congress 584.

den Wilkes' vollführt ohne irgendwelche nachherige Entschuldigung. Selbst die »London Times« gab dies zu, betonte aber doch die Nothwendigkeit der Auslieferung.

Wenn auch mit der Erledigung der Trentaffaire die feindselige Stimmung beiderseits bei Volk und Presse nur momentan etwas abgeschwächt wurde, so trat doch in den diplomatischen Beziehungen der beiden Cabinette vorläufig eine freundliche Wendung ein. Die englische Regierung erhielt bald Gelegenheit, einen Beweis davon zu geben.

Die Bevollmächtigten der »Conföderation« in London und die Freunde derselben im englischen Parlament suchten eine Intervention oder wenigstens Unterstützung dadurch herbeizuführen, dass sie nachwiesen, die Blockade sei ineffektiv.

Die Schliessung oder Blockade der südlichen Häfen war für den Norden ein wichtiges Hilfsmittel zum Siege. Es galt, die wirthschaftliche Abhängigkeit des Südens auszunützen, ihn durch Abschneidung der Einfuhr zu erschöpfen.

Die Vertreter der Unionsregierung sprachen es in Paris offen aus, dass neben den militärischen Erfolgen darauf eine wesentliche Hoffnung des Nordens basire. "What the South wants is food and that you cannot give her. She has arms enough; she has men enough; but she is starving and she will be starved out." "We cannot but feel that the war would be protracted if Europe were to raise the blockade."¹⁾

Gleich nach der Verhängung der Blockade liess Seward in London erklären: „that it was by no means the intention of the United States to institute a paper blockade, a measure against which they had always protested.“

Eine sofortige strenge Durchführung der Blockade war indessen nicht möglich, da der weitaus grösste Theil der Kriegsflotte noch unter der Verwaltung Buchanan's

¹⁾ Senior, Conversations II 309. 141.

durch den südlich gesinnten Marineminister nach den entferntesten Stationen in Europa und Asien beordert worden war. In Folge dessen waren drei Monate nach der Verhängung erst 34, zum Theil neu angekaufte, Kriegsschiffe mit 726 Geschützen und 10,113 Mann an der langen Küste in Aktion, und so konnte in hunderten von Fällen die Blockade »durchbrochen« werden. An einem Vorwande zur Nichtanerkennung der Blockade und somit wirksamen Unterstützung des Südens hätte es England demnach zu jener Zeit nicht gefehlt.

Doch die englische Regierung wollte den daraus erwachsenden Konflikt vermeiden und erklärte deshalb die Blockade, sobald sie schärfer durchgeführt worden war, für effektiv, was Russell im Parlament mit den Worten motivirte: "It would have been a great misfortune, if, owing to circumstances, we should have thought ourselves obliged to take a course in such a quarrel that would have made us become partisans either of the North or the South." "It was my object and the object of every member of Her Majesty's Government, from the very beginning of the conflict to watch the course of events, with the determination to act in an impartial spirit and preserve a strict neutrality between the two powers." „I trust that the North will consent to a peaceful separation." "Should this be the case, I shall heartily rejoice and I shall rejoice above all, if during the contest we shall have done nothing to aggravate their misfortunes, whilst we have pursued a firm course, yet one of conciliation-showing that the respect which we entertained for both parties remains undiminished."¹⁾

Die Abneigung gegen einen Krieg mit den Vereinigten Staaten drückte ein anderes Mitglied der Regierung noch entschiedener aus in den Worten: "I am sure that I speak the sentiments of the House and the country when I say that under no circumstances as have lately threatened us could there be a more grievous and painful

¹⁾ Hansard, CLXV 1237—1243, H of Lords 10. März.

thing for Great Britain than to engage in war with the United States. They are men of the same blood, language and religion, the children of our forefathers, who are united to us by all the bonds that unite man and man together. Even in the holiest cause, and on the most necessary occasion even on such an occasion, as that which lately seemed imminent we should enter on such a contest with feelings I cannot describe." ¹⁾

So freundlich diese Versicherungen auch waren, ihre Wirkung wurde durch die Gleichstellung der »beiden Krieführenden« sehr reducirt.

Die Anerkennung der »Effektivität« war indessen von grosser Bedeutung für eine erfolgreiche Durchführung der Blockade. Sie war eine grosse Enttäuschung für den Süden, und hatte der friedliche Verlauf der Trentaffaire seine Hoffnung auf englische Intervention bereits bedeutend herabgestimmt, so gab er sie nach jener entschiedenen Neutralitätserklärung fast ganz auf.

Die Vertreter und Freunde der »Conföderation« richteten fortan ihre Bestrebungen auf Frankreich, wo Kaiser Napoleon III. denselben geneigter zu sein schien. —

Als der Bürgerkrieg ausbrach, rechnete der Norden auf Frankreichs Sympathien noch mehr als auf diejenigen Englands. Die Erinnerung an die wirksame Hilfe Frankreichs im Unabhängigkeitskrieg hielt in den Vereinigten Staaten seitdem eine Verehrung für den ehemaligen Bundesgenossen beständig wach, welche sich in einer Vorliebe für französische Sprache, Literatur und Sitte zeigte. Dies war nicht ohne Rückwirkung geblieben und trug viel dazu bei, die Beziehungen der beiden Länder zu einander sehr freundschaftlich zu gestalten.

Ein grosser Theil des französischen Volkes, vorwiegend die liberalen und die demokratischen Elemente, stand auf Seite des Nordens, als die ersten Nachrichten über den Konflikt eintrafen; und selbst die orleanistisch gesinnte Hälfte des Adels sympathisirte mehr mit dem Norden,

¹⁾ Hansard, CLXV 1224 Sol. General in H. of Commons.

nachdem der Graf von Paris und der Prinz Joinville in die Unionsarmee eingetreten waren.¹⁾

Senior erwähnt in seinen «Conversations», dass namentlich das demokratische Paris unionsfreundlich gesinnt war.

‘In Paris: ‘Sympathy with the North.’ ‘I find in Paris a general wish for the success of the North, partly on the ground that the North is supposed to be fighting for liberty against slavery, but much more because the United States are supposed to be the enemies of England.’²⁾

Dagegen sah die imperialistische Partei mit Genugthuung die transatlantische Union in einen Bürgerkrieg verwickelt und erwartete als ein Resultat desselben die Schwächung des republikanischen und die Stärkung des von ihr verfochtenen imperialistischen Princips. Um das letztere zu verhindern, wünschte die liberale Partei den Sieg des Nordens; einer ihrer Führer nannte die Secession «a great misfortune to the whole world, and peculiarly to France». Es war dies Thiers.³⁾

Ganz andere Faktoren waren indessen bei Napoleon's Stellungnahme entscheidend. Wenn auch der Friede von Villafranca ein diplomatischer Erfolg für ihn war, so nahmen doch bald darauf die italienischen Ereignisse einen Verlauf wie er ihn nicht wünschte. Cavour's geschickte Politik ging zielbewusst weiter und fing an, sich zu emancipiren von dem Einfluss, den Napoleon auf Italiens Geschehnisse ausüben wollte.

Die klerikale Partei in Frankreich, deren Unterstützung Napoleon für seine innere Politik unentbehrlich war, zwang ihn den italienischen Bestrebungen auf Einverleibung des Kirchenstaates entgegenzuwirken, zum mindesten ihnen seine Unterstützung zu versagen. Das lähmte seine italienische Politik und schädigte sein

¹⁾ H. Martin, *Histoire de France depuis 1789*. — Gerrold, *Life of Nap.* III. IV 338.

²⁾ Senior, II 76. 169.

³⁾ Senior, I 285.

»Prestige«. Er sann daher auf neue Erfolge in der äusseren Politik, die seinen Thron befestigen und die Aufmerksamkeit der französischen Bevölkerung von Italien ablenken sollten.

Zu seinen »Idées Napoléoniennes« gehörte auch die Gründung überseeischer Kolonien, welche dem französischen Handel eine ähnliche Bedeutung geben sollten, wie diejenige ist, welche dem englischen aus seinen reichen Kolonien erwuchs.¹⁾

Als die Kaiserin und Napoleon's Vertrauter, der Herzog von Morny, spanischen Eingebungen folgend, die Aufmerksamkeit des Kaisers auf Mexico lenkten, wo anarchische Zustände, Insultirung französischer Staatsangehöriger und finanzielle Forderungen eines Schweizers, namens Jecker, eine Handhabe zur Intervention boten, schien er anfangs nicht dazu geneigt. Erst als mexikanische Emigranten und Parteiführer ihn von dem Erfolge eines Einschreitens und von der wirthschaftlichen Bedeutung Mexicos zu überzeugen vermochten, nahm er diese Ideen an. Er erkannte die Unmöglichkeit einer direkten politischen Abhängigkeit Mexicos von Frankreich wohl an, glaubte aber durch eine seinem Einfluss entsprungene und indirect bevormundete, stabile Regierung eine wirthschaftliche Abhängigkeit herstellen zu können und somit den Gedanken seiner Kolonialpolitik zu verwirklichen.²⁾

Gleichzeitig wollte er durch dieses neue imperialistische Reich in Amerika die Macht und das Prestige der lateinischen Rasse gegenüber der angelsächsischen wieder herstellen, was er in einem Briefe an den General Forey im Juli 1862 offen ausspricht. Hier zeigte sich die Gesinnung Napoleon's gegenüber der emporblühenden Republik deutlich in den Worten:

»Dans l'état actuel de la civilisation du monde, la prospérité de l'Amérique n'est pas indifférente à l'Europe; car c'est elle qui alimente nos fabriques et fait vivre notre

¹⁾ Senior, II 23. 113. 119.

²⁾ North, Am. Review 1879. 344.

commerce. Nous avons intérêt à ce que la république des États - Unis soit puissante et prospère, mais nous n'en avons aucun à ce qu'elle s'empare de tout le golf du Mexique, domine de là les Antilles ainsi que l'Amérique du Sud, et soit la seule dispensatrice des produits du nouveau monde.» «Si un Gouvernement stable s'y constitue avec l'assistance de la France, nous aurons rendu à la race latine, de l'autre côté de l'Océan, sa force et son prestige.» ¹⁾

Napoleon übersah indessen nicht, dass ihm die Ausführung dieser Pläne durch die voraussichtliche Opposition der Vereinigten Staaten erschwert würde. Seit dem Abfall der spanischen Kolonien vom Mutterlande war die Monroe-Doctrin — Verhinderung europäischer Einmischung in die Angelegenheiten amerikanischer Staaten — ein wichtiger Grundsatz der auswärtigen Politik der nord-amerikanischen Union. Der Ausbruch des Bürgerkrieges in letzterer und die voraussichtliche längere Dauer desselben verminderte nun die Möglichkeit, dass man es zur Aufrechterhaltung der Monroe-Doctrin auf einen Krieg werde ankommen lassen. Dieser Umstand liess Napoleon die Verwirklichung seiner mexikanischen Projekte erhoffen, und scheint dazu geführt zu haben, dass er sogar auf einen Theil der Südstaaten — Louisiana und Texas — seine Pläne richtete. Louisiana, ehemals französische Kolonie, hatte, nachdem es 1803 von Napoleon I. an die Vereinigten Staaten abgetreten worden war, seinen französischen Charakter noch nicht ganz abgestreift, und auch in Texas war ein kleiner Bruchtheil der Bevölkerung französischen Ursprungs. Beides betont der Kaiser zu Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs in einer Unterredung mit Benjamin, einem Führer des Südens, und fügt hinzu, Frankreich müsse früher oder später ein «*pied à terre*» an der Floridaküste erhalten zum Schutze

¹⁾ Amyot, Archives dipl. 1863 I 329.

seines Handels im Golf von Mexico «nous ne voulons pas d'un autre Gibraltar de ce côté là.» ¹⁾

Von Seiten des «corps législatif» hatte Napoleon eine Opposition nicht zu fürchten; wohl aber stand seiner Kolonialpolitik England im Wege. Es galt, Englands Eifersucht auf koloniale Bestrebungen anderer Mächte zu überwinden, was ihm auch in diesem Falle gelang durch die Einladung zur Theilnahme an der Intervention, indem er auf die wirthschaftlichen Vorthelle durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen hinwies. Nur durch diese Aussicht konnte Napoleon Englands Widerstreben beseitigen. Spaniens Theilnahme war er von vornherein sicher, da der einflussreiche General Prim hier die treibende Kraft war und dieser an eine eventuelle Wiedergewinnung Mexico's für Spanien dachte. Auch die Vereinigten Staaten wurden eingeladen; doch lehnte Seward ab mit gleichzeitiger Betonung der Abneigung seiner Regierung gegen diese Intervention in die Angelegenheiten Amerikas.

So kam am 31. Oktober 1861 die »Convention« von London zu Stande und noch am Ende des Jahres erfolgte die Landung des Expeditions-Corps.

In geschickter Weise hatte Napoleon die letzten Zwecke der Intervention England und Spanien verborgen und wusste auch die Vereinigten Staaten zu täuschen, so dass erst im Frühjahr 1862 seine wahren Absichten bekannt wurden, und nun freilich England und Spanien sich zurückzogen, indem sie Napoleon die Ausführung seiner Pläne allein überliessen.

Napoleon's Verhalten zum Bürgerkriege richtete sich von Anfang an nach seinen mexicanischen Plänen. Es lag ihm daran, einen Krieg mit den Nordstaaten zu vermeiden, wenigstens zunächst, damit dieselben im Fall ihres Sieges im Bürgerkrieg nicht seine Operation in Mexico durchkreuzten. Andererseits wünschte er doch den Süden soweit als möglich zu unterstützen, denn auf der dauernden Spaltung der Union basirte die Lebensfähigkeit seines Projektes.

¹⁾ North Am. Review 1879 345.

Napoleon schloss sich im ersten Jahre des Krieges eng an England an. In der Anerkennung des Südens als »kriegführende Macht« und in der »Neutralitätserklärung« folgte er der englischen Regierung, auch unterstützte er in der Trent-Affaire die Forderungen Englands in Washington.

Inzwischen unterliess er nicht, der Unionsregierung freundschaftliche Versicherungen zu geben und sein Bedauern über den Konflikt auszudrücken.

Am 15. April berichtet der amerikanische Gesandte in Paris an Seward über eine Unterredung mit Thouvenel, dem französischen Minister des Auswärtigen, letzterer habe ihm erklärt, dass die Aufrechterhaltung der Union in ihrer Integrität, weil auch im Interesse Frankreichs, wünschenswerth sei, doch könne man im neunzehnten Jahrhundert »de facto« Regierungen nicht das Recht auf Anerkennung absprechen, wenn auch Frankreich nicht voreilig in der Anerkennungsfrage handeln werde, "when a proper case was made out for the decision of foreign Powers." ¹⁾

Seward drückt in seiner Antwort seine Zufriedenheit mit Thouvenel's Erklärung aus, betont aber in entschiedenster Weise, dass seine Regierung niemals in eine Trennung der Union willigen werde: "You cannot be too explicit in making known to the French Government that there is not now, nor has there been, nor will there be any — the least idea existing in this Government of suffering a dissolution of this Union to take place in any way whatever. There will be here only one nation and one government." "Tell, Mr. Thouvenel then, with the highest consideration and good feeling, that the thought of a dissolution of this Union, peaceably or by force, has never entered into the mind of any candid statesman here, and it is high time that it be dismissed by statesmen in Europe." ²⁾

¹⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1861 I 131.

²⁾ Aegydi, Staatsarchiv 1861 I 134.

Ehe jedoch diese Depesche an ihren Bestimmungsort gelangte, bot Napoleon am 16. Mai seine Vermittlung an. Die Worte Thouvenel's in seiner bezüglichen Depesche an den französischen Gesandten Mercier lauten: «Sa Majesté emploierait ses bons offices, s'ils venaient à être jugés utiles, dans le sens d'une conciliation entre les deux partis aujourd'hui en présence. S'il venait donc à se produire telles circonstances où l'intervention toute amicale de l'Empereur parût propre à amener un rapprochement entre les États du Sud et ceux du Nord, Sa Majesté se prêterait, avec le plus cordial empressement, à contribuer, dans la mesure de son influence au raffermissement et au maintien de l'Union . . . je vous autorise, en tous cas, à dire, de votre côté, les mêmes choses à M. Seward.» ¹⁾

Dem Geiste der Depesche vom 4. Mai entsprechend fiel die Antwort ablehnend aus. ²⁾ Da auch inzwischen die abweisende Antwort Seward's auf einen Vorschlag des Gouverneurs von Maryland, — Lord Lyons zum Vermittler zu wählen, — bekannt geworden, konnte die französische Regierung nicht mehr daran zweifeln, dass das Washingtoner Cabinet keinerlei Vermittlung annehmen werde.

Der entschiedene Ton von Seward's Antwort an jenen Gouverneur zeigt dies deutlich: "If eighty years could have obliterated all the other noble sentiments of that age in Maryland, the President would be hopeful, nevertheless, that there is one that would forever remain there and every where. That sentiment is that no domestic contention whatever, that may arise among the parties of this Republic, ought in any case to be referred to any foreign arbitrament, least of all to the arbitrament of an European Monarchy." ³⁾

Der napoleonische Vermittlungsvorschlag wurde in den Vereinigten Staaten zwar abgelehnt, aber der freundliche Ton desselben liess keine Hintergedanken vermuthen;

¹⁾ Amyot, Archives dipl. 1862 I 270.

²⁾ Amyot, Archives dipl. 1862 I 344. 347.

³⁾ Mc. Pherson 345.

und so trat vorläufig keine Erkaltung in den Beziehungen der beiden Länder ein, trotzdem Frankreich die »Conföderation« als »kriegführende« Macht anerkannte. Russell erzählt in seinem Tagebuch: "It was taken for granted that Great Britain would only act on sordid motives, but that the well known affection of France for the United States is to check the selfishness of her rival and prevent a speedy recognition." ¹⁾

Erst als im Herbst 1861 Napoleon mit seinen mexikanischen Plänen hervortrat, ward man misstrauisch und Russell sagt darüber: "Notwithstanding the adulation of everything French from the Emperor down to the Zouaves-gaiter, in the New York press is an uneasy feeling respecting the intentions of France, founded on the notion that the Emperor is not very friendly to the Federalists, and would be little disposed to expose his subjects to privation and suffering from the scarcity of cotton and tobacco if, by intervention, he could avert such misfortunes." ²⁾ "Considerable doubts are entertained of the Emperor's 'loyalty' towards the Union. Under the wild extravagances of professions of attachment to France are hidden suspicions that Louis Napoleon may be capable of treasonable practices and misrepresentation." ³⁾

Während Napoleon's Verhalten officiell neutral und den Vereinigten Staaten gegenüber freundschaftlich war, ermuthigte er, den Berichten der »conföderirten« Agenten zufolge, im Geheimen den Süden in seinem Widerstande. Die Depeschen der Vertreter Rost und Slidell in Paris an die »conföderirte Regierung« schildern die Unterredungen mit Ministern und Vertrauten des Kaisers. Darnach soll der Herzog von Morny schon im Mai 1861 Rost versichert haben "the South would soon be recognized. He considered it a mere question of

¹⁾ Russell, Diary I 42.

²⁾ Russell, Diary II 395.

³⁾ Russell, Diary II 346.

time.”¹⁾ Ferner erklärt Rost, dass er aus einer zuverlässigen Quelle erfahren habe, der Kaiser sei bereit, im Verein mit England die »Conföderation« anzuerkennen, habe aber bis dahin England noch nicht dazu überreden können.

Slidell berichtet im Frühjahr 1862: “The Emperor has invited the English Government to join with him in recognizing the South, but the English Government, owing to Lord Russell, has refused to act simultaneously with him.”²⁾

Am 14. April gibt Slidell in einer Depesche den Inhalt einer Unterredung zwischen dem Kaiser und Lindsay, einem englischen Parlamentsmitglied, wieder. Aus derselben geht hervor, dass Napoleon die Blockade aufheben wollte, wenn England sich daran betheiligte. Aber das englische Cabinet hatte sich dazu nicht bereit finden lassen. Thouvenel hatte zweimal, im Juni 1861 und im März 1862 Russell einen derartigen Vorschlag gemacht, aber keine definitive Antwort erhalten können. Der Kaiser theilte in dieser Unterredung offen seinen Plan einer gemeinsamen Aktion mit. “That he was prepared to act promptly and decidedly; that he would at once dispatch a formidable fleet to the mouth of the Mississippi, if England would send an equal force, and that they would demand free egress and ingress for their merchantmen with their cargoes of goods, and supplies of cotton which were essential to the world.” Ferner sprach er seine Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer Wiederherstellung der Union offen aus: “that he had from the first considered the restoration of the Union impossible, and for that reason had deprecated the continuance of a contest which could not lead to any other result than separation. He authorized Mr. Lindsay to make this statement to Lord Cowley, and to ascertain, whether he would recommend the course indicated to his government.”

¹⁾ North American Review 1879 345.

²⁾ North American Review 1879 346.

Slidell berichtet weiter, wie die Antwort Cowley's ausweichend gewesen und dann der Kaiser Lindsay mit einer direkten Botschaft an Russell nach London gesandt habe, indem er ihn gleichzeitig beauftragte, auch die Meinung der Oppositionsführer, Derby und Disraeli, zu ermitteln.¹⁾

Am 18. April schreibt Slidell über den Verlauf dieser Mission, Russell habe die Empfangnahme der Botschaft mit der Motivirung abgelehnt, dass er eine solche nur vom Gesandten annehmen könne. Lindsay habe Disraeli gesprochen, "who expressed great interest in our affairs, and fully concurred in the views of the Emperor." Slidell fügt dieser Depesche gleich eine Erklärung Napoleon's nach der Rückkehr Lindsay's hinzu. Aus derselben ist ersichtlich, wie nunmehr Napoleon sich mit dem Gedanken befasst, allein vorzugehen, jedoch seine Aktion von militärischen Erfolgen des Südens abhängig macht. "He repeated that, while he desired to preserve a strict neutrality, he could not consent that his people should continue to suffer from the acts of the Federal Government. He thought the best course would be to make a friendly appeal to it, either alone or concurrently with England, to open the ports, but to accompany the appeal with a proper demonstration of force on our coasts, and, should the appeal appear likely to be ineffectual, to back it by a declaration of his purpose not to respect the blockade. The taking of New Orleans, which he did not anticipate, might render it inexpedient to act; that he would not decide at once, but wait some days for further intelligence. Here the interview ended with a request to Mr. Lindsay to keep it secret."²⁾

Indessen vollzog sich die Forcirung der Mississippi-mündung durch Farragut's Unionsflotte und die Einnahme von New-Orleans durch die Unionstruppen. Dies veranlasste Napoleon, seine Aktion wieder hinauszuschieben bis zu

¹⁾ North American Review 1879 347.

²⁾ North American Review 1879 347.

einem wichtigen Siege der südlichen Truppen. Slidell erzählt, dass der Minister Billa ult ihm mittheilte, das Cabinet sei fast einstimmig für den Süden und würde diesen bereits anerkannt haben, wenn nicht New Orleans gefallen wäre. Sollte aber der Süden in naher Zeit entscheidende militärische Erfolge erringen oder den Feind in Schach halten können, so würde die Anerkennung nicht ausbleiben. Auch Thouvenel äusserte sich zur selben Zeit in ähnlichem Sinne Slidell gegenüber.

In der ersten Audienz, die Slidell beim Kaiser hatte, beklagte Napoleon das Verhalten Englands, dessen Interesse in der Frage noch grösser sei als das Frankreich's. Slidell berichtet am 16. Juli 1862 folgendermassen über diese bezeichnenden Aeusserungen des Kaisers: "He then said, that he had committed a great error which he now deeply regretted; that France should never have respected the blockade; that the European powers should have recognized us last summer, when our ports were in our possession, and when we were menacing Washington; . . . that the difficulty was to find the way to give effect to his sympathies; that he always desired to preserve the most friendly relations with England, and that in so grave a matter he had not been willing to act without her cooperation; that he had several times intimated his wish for action in our behalf, but had met with no favorable response; and that, besides, England had a deeper interest in the question than France — that she 'wished him to draw the chestnuts from the fire' for her benefit." ¹⁾

Während somit Napoleon und seine Minister dem Vertreter der »Conföderation« ihre Sympathien und ihren Willen, dem Süden zu helfen, bekundeten, erfolgte in den Südstaaten seitens eines französischen Diplomaten ein Schritt, welcher deutlich Napoleon's Pläne auf Texas zeigt.

Der französische Consul in Texas, Théron, richtete

¹⁾ North American Review 1879 350.

am 18. August 1862 eine Note an den Gouverneur von Texas, worin er diesen um vertrauensvolle Beantwortung der Fragen bat, ob der Eintritt Texas' in die »Conföderation« politisch gewesen, und ob die Wiederherstellung der 1845 von den Vereinigten Staaten annektirten texanischen Republik rathsam sei.¹⁾

Théron wurde ausgewiesen und wenn auch damit die Affaire erledigt war, so verfehlte doch die »conföderirte Regierung« nicht, Slidell mitzutheilen, welch' beunruhigenden Eindruck Napoleon's Intriguen hinterliessen.²⁾

Die Depeschen Slidell's werfen ein klares Licht auf Napoleon's Politik. Sie zeigen seinen Willen, den Süden wirksam zu unterstützen, aber auch seine Scheu, ohne Englands Theilnahme vorzugehen. Das englische Cabinet war indessen zu einem Kriege mit den Vereinigten Staaten wenig geneigt und hatte dies nach der Trent-Affaire, wie bereits geschildert, im Parlament wiederholt betont. Russell und Palmerston erklärten, keine Verhandlungen mit Frankreich in Bezug auf Mediation, Intervention oder Anerkennung geführt zu haben.³⁾

Die Freunde des Südens im Parlament, unzufrieden mit der zögernden Haltung der Regierung, hofften durch einen direkten, auf Anerbietung der Mediation mit eventueller Anerkennung des Südens abzielenden Antrag im Unterhause einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Im Juli 1862 kam es nun über diesen Antrag im Unterhause zu einer grossen Debatte. Es war schon lange die Absicht gewesen, eine solche Debatte herbeizuführen. Der Verlauf derselben zeigt deutlich, dass in England die Meinung, es müsse zu Gunsten des Südens etwas geschehen, eine starke Vertretung gewonnen hatte

Als Argument für eine derartige Aktion führte man

¹⁾ North American Review 1879, 349.

²⁾ North American Review 1879, 349.

³⁾ Hansard CLXV 846; CLXVII 535. 543.

an einestheils die Steigerung der, durch das Ausbleiben der Baumwolle herbeigeführten Noth der Arbeiter in den betreffenden Industriebezirken, anderentheils das durch die Absperrung des Verkehrs mit den Südstaaten auch im Uebrigen verletzte Handelsinteresse Englands. Auch wies man auf die durch die Rücksicht der Humanität und des Christenthums auferlegte Pflicht einer baldigen Beendigung des blutigen Krieges hin.

Aber weit wirksamer waren die Sympathien, welche offenbar bei einem grossen Theile der englischen Bevölkerung für die Südstaaten vorhanden waren und welche auf der Theilnahme beruhten, mit der man den verzweifelten Kampf einer Minorität gegen eine Majorität begleitete, sowie wohl auch auf der Verwandtschaft des Charakters zwischen der englischen "Gentry" und den vornehmen südstaatlichen Pflanzern.

Diese Sympathien fanden freilich den grössten Widerspruch auf Grund der Sklavenfrage und deshalb wird in der ganzen Debatte die Frage, ob die Sklaverei oder andere Ursachen dem Zwiste zwischen Nord- und Südstaaten zu Grunde liegen, immer wieder erörtert. Die Freunde des Südens wollen der Sklavenfrage gar keine Bedeutung als Kriegsursache beimessen, weisen vielmehr auf die Tarifstreitigkeiten und andere Ursachen hin. Man ging sogar soweit zu behaupten, dass gerade die Aufrechterhaltung der Union die Sklaverei in Amerika verewigen, der Sieg der Secession aber im natürlichen Verlauf der Dinge allmählig die Abschaffung der Sklaverei herbeiführen würde.

Ferner begünstigte die bereits geschilderte Antipathie gegen die Nordstaaten eine dem Süden freundliche Gesinnung. Diese Antipathie fand ihre Nahrung nicht blos im Gegenstreite der materiellen Interessen, sondern auch in der politischen Vergangenheit und in dem jetzigen Verhalten der nordstaatlichen Bevölkerung, namentlich der Presse.

Während die Gegner des Antrages, als Folge seiner Annahme, ein noch stärkeres Auflodern des Bürgerkrieges,

ja sogar einen Krieg zwischen England und den Nordstaaten prophezeiten, theilte man auf der andern Seite diese Furcht nicht, sondern glaubte vielmehr darauf zählen zu dürfen, dass der aufgeklärte und besitzende Theil der nordstaatlichen Bevölkerung jeden Anstoss zur Beendigung des Bürgerkrieges mit Freuden begrüßen würde. Man wolle nur friedliche Mittel und rechne auf deren Erfolg.

Auch wies man auf die Bereitwilligkeit Frankreichs hin, an der bezeichneten Politik theilzunehmen, und dem Ministerium wurde vorgeworfen, dass der gute Wille der französischen Regierung bisher nur durch den Widerstand der englischen gehindert worden sei, Früchte zu bringen.

Es ergibt sich aus dieser Debatte deutlich, dass in diesem Zeitpunkte die dem Norden ungünstige Meinung in England und in dessen Unterhause die Oberhand hatte. Wie die Mehrzahl der Redner, so ist auch die grössere Wärme der Rede und die reichere Fülle der Argumente auf dieser Seite. Doch bei der Stellungnahme zum Antrag ist für die Majorität die Haltung der Regierung entscheidend.

Das Verhalten letzterer ist nun nicht gerade principiell ablehnend, Palmerston bezeichnet den Antrag nur als inopportun. Er weicht nur darin von der Meinung des Antragstellers ab, dass er die Probe von der Fähigkeit der Südstaaten, ihre Selbständigkeit zu behaupten, noch nicht für gegeben erachtet; diese Probe aber müsse vor der Anerkennung abgelegt werden. Erst wenn dies geschehen sei, könne die Regierung entscheidende Schritte thun. Seine Worte verrathen, dass die Regierung den Zeitpunkt der Entscheidung herannahen sieht, ja vielleicht bald erwartet.

Die Freunde des Südens ersehen aus der Debatte, dass eine Annahme des von Lindsay gestellten bezüglichen Antrages nach Palmerston's Worten nicht möglich ist. Darum zieht Lindsay seinen Antrag zurück und sucht dieses zu motiviren, indem er sich mit den Erfolgen desselben zufrieden erklärt.¹⁾

¹⁾ Hansard, CLXVIII 512, 18. Juli 1862.

Diese Debatte hatte also nichts an der abwartenden Stellung der englischen Regierung zu ändern vermocht.

Einen weiteren Beleg für diese Politik haben wir in einem Schreiben Russell's an Mason vom 2. August 1862. Darin heisst es: "Her Majesty's Government are still determined to wait." "In order to be entitled to a place among the independent nations of the earth, a State ought to have not only the strength and resources for a time, but afford promise of stability and permanence. Should the Confederate States of America win that place among nations, it might be right for other nations justly to acknowledge an independence achieved by victory, and maintained by a successful resistance to all attempts to overthrow it. That time, however, has not, in the judgment of Her Majesty's Government, yet arrived."¹⁾

Während England somit im Jahre 1862 jede Mediation zurückwies, bot Frankreich in diesem Jahre mehrmals seine »guten Dienste« für eine eventuelle Friedensvermittlung an. Die Erfolglosigkeit seiner Anträge hinderte Napoleon nicht, sie zu wiederholen.²⁾ Da England ihm die Mitwirkung bei einer offenen Unterstützung des Südens abgeschlagen hatte, suchte er die Unabhängigkeit desselben durch diplomatische Intervention von europäischer Seite herbeizuführen. Deshalb forderte er England und Russland auf, in Gemeinschaft mit ihm den beiden »Kriegführenden« eine Mediation zur Herbeiführung eines sechsmonatlichen Waffenstillstandes aufzuzwingen.

Den Hauptinhalt der zu diesem Zwecke am 30. Oktober 1862 an die betreffenden Cabinette gerichteten Note lautet: »Les trois Cabinets s'emploieraient, tant à Washington qu'auprès des États Confédérés, afin d'amener une suspension d'armes de six mois, pendant laquelle tout acte de guerre, direct ou indirect, devrait provisoi-

¹⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1863 IV, 244.

²⁾ Affaires étrangères. Doc. dipl. 115. 116. 117. 121. 122. 130. 138. 141. 144. 145. 147. — Amyot, Archives dipl. 1863, I 439, IV 276.

rement cesser sur mer comme sur terre et qui pourrait au besoin être prolongée ultérieurement.«¹⁾

Russell lehnte das Anerbieten mit der Motivierung ab, es sei keine Aussicht vorhanden, dass die Unionsregierung gegenwärtig den Vorschlag acceptiren werde, und eine Ablehnung würde jedwede Erneuerung des Vorschlages verhindern.²⁾

Von Russland war sicher eine ablehnende Antwort zu erwarten, da es den Vereinigten Staaten von allen europäischen Mächten am freundlichsten gesinnt war. Gortschakow antwortete durch den russischen Geschäftsträger Oubril: "nous sommes portés à croire qu'une démarche combinée entre la France, l'Angleterre et la Russie, quelque conciliante qu'elle fût et de quelques précautions qu'on l'entourât, si elle se présentait avec un caractère officiel et collectif, risquerait d'aboutir à un résultat opposé au but de pacification, qui fait l'objet des vœux des trois cours.«³⁾

Napoleon's Mediationsversuch wurde in den Vereinigten Staaten sehr ungünstig aufgenommen und führte zu einer in beiden Thellen des Congresses mit grosser Majorität angenommenen Resolution, worin jede Mediation entschieden zurückgewiesen wird. "Congress cannot hesitate to regard every proposition of foreign interference in the present contest as so far unreasonable and inadmissible." "Congress will be obliged to look upon any further attempt in the same direction as an unfriendly act which it earnestly deprecates.«⁴⁾

Dass in den Vereinigten Staaten Elemente vorhanden waren, die eine Mediation gern sahen, bestätigt Lord Lyons in einer Depesche an Russell.⁵⁾ Die sogen. »Conservativen« der demokratischen Partei waren geneigt

¹⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1862, III 430.

²⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1862, III 433.

³⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1862, III 432.

⁴⁾ Mc. Pherson 346.

⁵⁾ Aegidi, Staatsarchiv 1863, IV 276. — Mc. Pherson 347.

in die Secession zu willigen und wünschten den Frieden herbei; doch sahen ihre Führer ein, dass das Nationalgefühl der Amerikaner in jenen Tagen zu erregt war, als dass eine Mediation hätte acceptirt werden können; ferner glaubten sie, die Regierung würde ohnedies schon jede Mediation ablehnen. — Doch noch einmal sollte die Frage der »Anerkennung« in England und Frankreich ernstlich in Betracht kommen. Die Agenten der »conföderirten Regierung« waren in Paris und London nicht müßig geblieben.

Das Scheitern seiner Vermittlungspläne liess Napoleon keineswegs an seiner Aufgabe, die Union dauernd zu trennen, verzweifeln; vielmehr bemühte er sich im Frühjahr 1863 mehr als je, England für die Anerkennung der »Conföderation« zu gewinnen. Persigny, sein Vertrauter, brachte in Paris eine beiderseits höchst willkommene Unterredung mit Lindsay und Roebuck, zwei hervorragenden englischen Parlamentsmitgliedern zu Stande. Dasselbst wurde vereinbart, dass diese einen auf gemeinsame Mediation Frankreichs und Englands und Anerkennung der »Conföderation« abzielenden Antrag im Parlament einbringen sollten, während Napoleon zu gleicher Zeit einen Druck auf das Cabinet Palmerston-Russell ausüben wollte.¹⁾

In England schien der Boden für diese Bestrebungen jetzt günstiger als je zu sein. Die wirthschaftliche Calamität der Blockade hatte sich allmählig sehr fühlbar gemacht. Der Mangel an Baumwolle verursachte Stillstand der Spinnereien und in Folge der Arbeitslosigkeit eine erschreckende Zunahme der Armuth in den Fabrikdistrikten, so dass die Gemeinden die Last des Pauperismus bald nicht mehr tragen konnten.

Die englische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten war im ersten Viertel des Jahres 1862 bereits von

¹⁾ North American Review 1879. 354. 355.

£ 21,000,000 auf £ 9,000,000 herabgesunken. Dazu war 1862 noch eine schlechte Ernte eingetreten.¹⁾ Das Alles hatte im Volke eine gewisse Unzufriedenheit angesammelt, welche sich gegen die Union als die Ursache eines Theiles der Calamität vollends wandte, als in den Nordstaaten in Folge der Ausrüstung südlicher Kaper in englischen Häfen die feindselige Stimmung gegen England wieder hervortrat. Besonders das Entschlüpfen der »Alabama« 1862 erregte in den Vereinigten Staaten eine grosse Erbitterung.

Während man in England das Ende des Bürgerkrieges herbeisehnte, schien dasselbe Anfang 1863 ferner als je gerückt, da die südlichen Armeen in Folge mehrerer Siege zur Offensive übergegangen waren und ihre Spitze sogar bis nach Pennsylvanien vorgedrungen war. Man zweifelte in England, wie in Europa überhaupt, nicht mehr an dem dauernden Erfolg der Secession und hielt ihre Anerkennung durch den besiegten Norden nur noch für eine Frage der Zeit.

Unter solchen Umständen hielten die Freunde des Südens im Juni 1863 endlich die Zeit für gekommen, wo sie ihren mit Napoleon vereinbarten Antrag im Hause durchbringen und dadurch die Regierung zu der gewünschten gemeinsamen Aktion veranlassen könnten. Dieser Antrag kam nun am 30. Juli zur Verhandlung.

Im Vergleich zur vorjährigen grossen Debatte lässt sich aus der jetzigen wahrnehmen, dass die Stimmung der Regierungspartei und ihre Betrachtungsweise der amerikanischen Angelegenheit eine ruhigere geworden ist.

Zu einer erregteren Erörterung führen im Wesentlichen nur zwei Momente: die leidenschaftliche Sprache Roebucks, der seinen Antrag mit einer scharfen, gegen die Nordstaaten sowohl wie gegen die andersgesinnten Parlamentsmitglieder ausfallenden Rede begleitet, und die von ihm hervorgerufene Einnischung des französischen Kaisers. Es ist charakteristisch, dass beide Momente einem Erfolge des Antrages entgegenwirkten. Ferner war

¹⁾ Molesworth, History of England, III 190.

es nachtheilig, dass die Befürworter fast nur bereits bekannte Argumente vorbrachten, während die Gegner ihre Haltung mit einer ganzen Reihe neuer und wichtiger Gründe motivirten. Die ersteren stützten ihren Antrag wesentlich auf die Ueberzeugung von der Fähigkeit des Südens, seine Unabhängigkeit dauernd zu behaupten. Desshalb solle England die Gelegenheit benützen, im Verein mit Frankreich durch eine Mediation und Anerkennung der »Conföderation« die Spaltung zu befestigen und somit die gefährliche Union zu schwächen.

Indessen, was früher, halb verhüllt ausgesprochen, ein wichtiges Moment in der englischen Auffassung des amerikanischen Konfliktes bildete, nämlich der Wunsch nach einer Abminderung der Macht der Vereinigten Staaten durch Theilung, — ein Wunsch, der in diesem Augenblick von Roebuck in einer brutalen Form wiederholt wird — macht in dieser Debatte einer kühleren Erörterung über die möglichen politischen Folgen einer Theilung Platz. Gladstone setzt, ohne Widerspruch zu finden, auseinander, dass der Gegensatz der beiden Parteien in der Union, wie er vor dem Kriege bestand, das beste Schutzmittel gegen eine aggressive auswärtige Politik der Union gewesen sei, weil das Interesse der Südstaaten jede Kräftigung des sklavenfeindlichen Nordens, wie etwa durch Annexion Canadas, zu verhindern bestrebt gewesen. Eine Theilung jedoch hebe dieses Gegengewicht auf und führe dahin, dass der Norden für das verlorene Gebiet einen gewissen Ersatz durch Annexion britischer Besitzungen in Amerika erstrebe, und schliesslich würde auf die Trennung doch wahrscheinlich sehr bald eine Wiedervereinigung folgen, weil gemeinschaftliche Interessen und Gefühle eine centrale Gewalt auf dem nordamerikanischen Kontinent bedingen.

Es zeigt sich deutlich, dass jetzt im Gegensatze zu früher eine Stimmung eingetreten ist, in welcher Sympathie und Antipathie einander aufwiegen; und das Resultat kann kein anderes sein als Unentschiedenheit.

Allerdings dauert die bewundernde Theilnahme an der tapferen Haltung der Südstaaten ungeschwächt fort; aber es ist andererseits eine Veränderung eingetreten in Folge der Proklamierung der Sklaven-Emancipation durch den Präsidenten Lincoln.

Es wird zwar, ohne Widerspruch zu finden, ausgesprochen, dass dieser Schritt des Präsidenten unkonstitutionell gewesen und nur als Kriegsmaassregel in Schutz zu nehmen sei. Aber die Folge dieses Schrittes ist doch, dass es sich jetzt in den Vereinigten Staaten deutlich und unbestreitbar um Aufrechterhaltung oder Abschaffung der Sklaverei handelt. Alle andern Fragen, wie die nach dem konstitutionellen Rechte der Einzelstaaten oder nach dem Verhältniss der kriegführenden Theile zum Tarif, sind völlig in den Hintergrund getreten.

Da lässt sich denn nicht mehr zweifeln, dass, wenn England für den Süden eintritt, es die Fortdauer der Sklaverei befürwortet; und es zeigen unter anderem die warmen Worte John Bright's, wie schwerwiegend dieses Bedenken im Parlament sein muss.

Auch völkerrechtliche Gründe führen die Gegner des Antrages an, indem sie einwenden, eine Anerkennung vor Beendigung des Kampfes verstosse gegen das Völkerrecht, schaffe einen gefährlichen Präcedenzfall und sei ein offener Neutralitätsbruch.

Eine andere Rücksicht gilt der Noth der Arbeiter in den Baumwollenmanufaktur-Bezirken. Diese dauert noch immer fort. Aber der beste Kenner dieser Dinge, weil selber Spinnereibesitzer, John Bright, belehrt das Parlament, dass auch das Aufhören des gegenwärtigen Krieges dieser Noth nicht völlig auf die Dauer abhelfen würde, indem er darauf hinweist, dass schon vor dem Kriege die amerikanische Baumwolle zu gering in der Quantität und zu theuer für die fortschreitend wachsende Manufakturthätigkeit Englands gewesen sei. Diese Uebel, hervorgerufen durch die Abhängigkeit der Zunahme der

amerikanischen Baumwollenproduktion von der Zunahme der Sklavenbevölkerung und durch die mit der Sklavenarbeit zusammenhängende Monopolisirung der Baumwollenproduktion in den Händen einer reichen Oligarchie, könnten nicht durch das Ende des Krieges, sondern nur durch Abschaffung der Sklavenarbeit und ihre Ersetzung durch freie Arbeit überwunden werden.

Ein weiteres Bedenken gegen ein englisches Eingreifen in den amerikanischen Konflikt liegt in der Erkenntnis, die gerade durch die Vorgänge des letzten Jahres unwiderleglich geworden ist, dass nämlich jeder Versuch des Auslandes zur Einmischung, ja auch nur der Schein einer Absicht zur Einmischung, als unmittelbare Folge die Schwächung oder gar Vernichtung der im langsamen Wachstum befindlichen Friedenspartei im Norden herbeiführen würde.

Es schien wahrscheinlich geworden zu sein, dass die im Norden herrschende Partei jeden Schritt Englands zu Gunsten des Südens zur Verschärfung der kriegesischen Gegensätze innerhalb der Union verwenden und sogar eine Kriegserklärung gegen England herbeiführen würde.

So drängt sich bei dieser Parlamentsdebatte dem Betrachter die Ueberzeugung auf, dass das Parlament und die von ihm vertretene Nation sich noch immer zum Abwarten gedrungen fühlt.

Mit dieser Beobachtung stimmt die Haltung der Regierung und auch die der Führer der Opposition, Disraeli und Derby, überein.

Die Regierung hat bisher Neutralität beobachtet und wünscht dies auch vorläufig noch zu thun.

Die Oppositionsführer tadeln diese Haltung der Regierung nicht. Es scheint sogar beiden Theilen unangenehm zu sein, dass überhaupt eine Debatte stattfindet, mit ihrer unvermeidlichen Gefahr für den Frieden. Wir dürfen das schliessen aus dem Umstande, dass weder Palmerston noch andererseits Disraeli theilnehmen.¹⁾

¹⁾ Hansard, CLXXI 1771 H. of Com. 13. Juni 1863.

Nachdem die Debatte abgebrochen und ihre Fortsetzung wiederholt verschoben worden war, reichten nach einigen Wochen wenige Worte Palmerston's hin, durch die Hinweisung auf die jetzt zu erwartenden entscheidenden militärischen Ereignisse in den Vereinigten Staaten die Fortsetzung der Debatte zu verhindern und Roebuck, der inzwischen mit seinen Gesinnungsgenossen die Aussichtslosigkeit seines Antrages erkannt hatte, zur Zurückziehung desselben zu veranlassen.¹⁾

Die Einmischung des Kaisers von Frankreich, weit entfernt Englands Regierung und Volksvertretung aus der Haltung des Abwartens und der Unentschiedenheit herauszureissen, hat vielmehr dazu beigetragen, Roebuck's Antrag zu Falle zu bringen, und hieran war ohne Zweifel nicht blos der unkonstitutionelle Charakter der Form seiner Einmischung Schuld, sondern es wirkte unverkennbar das Misstrauen gegen Napoleon mit und die Scheu, die Wege seiner abenteuerlichen, halsbrecherischen und unzuverlässigen Politik zu betreten.

Inzwischen hatten sich auf dem amerikanischen Kriegsschauplatze wichtige Ereignisse vollzogen. Die Siege der nördlichen Armeen bei Vicksburgh und Gettysburgh Anfang Juli 1863 waren von solcher strategischen Bedeutung, dass damit im Verlauf des Krieges ein entscheidender Wendepunkt herbeigeführt und das schliessliche Unterliegen des Südens nicht mehr zu bezweifeln war.

Die Nachrichten von diesen militärischen Erfolgen der Union machten in Europa allgemein einen tiefen Eindruck und trugen wesentlich dazu bei, den Glauben an die Widerstandsfähigkeit des Südens zu erschüttern.

In Folge dessen wurde eine Aktion Englands immer unwahrscheinlicher. Von nun an trat die Anerkennungsfrage in den Hintergrund. Auch Napoleon liess sie bald fallen und wandte seine Aufmerksamkeit vorwiegend der mexikanischen Angelegenheit zu.

Mit der Juli-Entscheidung 1863 schwand zwar die

¹⁾ Hansard, CLXXII. 67. 69. 554. 661.

Hoffnung der «Conföderation» auf Anerkennung und Intervention; doch waren ihre Beziehungen zu England und Frankreich damit noch nicht abgebrochen.

Die Unentbehrlichkeit einer Flotte bestimmte schon gleich beim Ausbruch des Krieges die «conföderirte Regierung» im Ausland eine solche zu erwerben. Es wurden sachverständige Agenten nach Europa gesandt, welche bald namentlich in England eine rührige Thätigkeit entwickelten.¹⁾ Eine Reihe von Kapern konnte bald die »conföderirte« Flagge auf allen Meeren zeigen und vernichtete in Kurzem die amerikanische Handelsmarine, zum Vortheile der englischen, welche nunmehr für einige Zeit an ihre Stelle trat.

Bis zu jener Wendung im Juli 1863 blieben die Proteste der Vertreter der Unionsregierung gegen den Bau von Kriegsschiffen im Hafen von Liverpool für die »conföderirte Regierung« unberücksichtigt. Als nach den entscheidenden Julisiegen die Unionsregierung auch in der auswärtigen Politik wieder energischer auftreten konnte, gab sie England im September 1863 einen Beweis, wie wenig sie jetzt einen Krieg fürchte.

Russell wollte zwei im Hafen von Liverpool erbaute «conföderirte» Kriegsschiffe nicht zurückhalten, worauf ihm Adams erklärte, dies bedeute Krieg: 'It would be superfluous in me to point out to your Lordship that this is war.'²⁾ Wenige Tage später theilte Russell in höflichem Tone mit, dass er das Auslaufen der beiden Kriegsschiffe verhindere: 'Lord Russell presents his compliments to Mr. Adams, and has the honour to inform him that instructions have been issued which will prevent the departure of the two iron-clad vessels of Liverpool'.³⁾

¹⁾ Bulloch, Secret Service of the Confederate States. I 51. 99. 152. 225. 376; II 1. 68. 106. 190.

²⁾ Diplomatic Corresp. I 1863. 367.

³⁾ Diplomatic Corresp. I 1863. 368.

Die englische Regierung kaufte die beiden Kriegsschiffe an, womit die Affaire erledigt war.

Von da an hat die englische Regierung während der Dauer des Krieges eine strikte Neutralität geübt; ja sie ging sogar soweit, dass sie 1864 wegen der Ausrüstung «conföderirter» Kriegsschiffe in den englischen neutralen Häfen einen Protest an die «conföderirte Regierung» absandte.

Auch in Frankreich wurde der Bau «conföderirter» Kriegsschiffe eifrigst betrieben, nachdem Napoleon direkt dazu ermutigt hatte.¹⁾ Im Februar 1864 jedoch gelang es dem amerikanischen Gesandten Dayton, die Sistirung der Arbeiten durchzusetzen und später den Verkauf der schon fertigen Schiffe an fremde Regierungen herbeizuführen. Fortan wachte derselbe strenge über die Neutralität der französischen Regierung, und die «conföderirten» Vertreter gaben bald alle Hoffnung auf, Napoleon für ihre Bestrebungen zu gewinnen.

¹⁾ North American Review 1879, 358. — Bulloch, Secret Service II 1, 190.

Literatur.

- Affaires étrangères*. Documents diplomatiques. Paris, Impr. Impériale. 1863.
- Aegidi und Klauhold*, Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Aktenstücke zur Geschichte der Gegenwart. 1861—65.
- Amyot*, Archives diplomatiques. Recueil de diplomatie et d'histoire. Paris 1861—65.
- Arndt*, Geschichte der Jahre 1860—1867. Lpzg. 1868.
- Ashley*, Life of Palmerston, London 1876. II. Band.
- Bulloch*, The Secret Service of the Confederate States in Europe. London 1883.
- Blaine*, Twenty Years of Congress, Norwich Conn. 1884.
- Delord*, Histoire du second empire, Paris 1873. III. Band.
- Domenech*, Histoire du Mexique. Paris 1868.
- Diplomatic Correspondence*. Papers rel. to Foreign Affairs Wash. Gov't Pr. Office. 1862—65.
- Draper*, The Civil War of America. New York 1870. Edinburgh Review 1872.
- Hansard's* Parliamentary Debates, London. 1861—64.
- v. Hellwald*, Kaiser Maximilian von Mexico. Wien 1869.
- v. Holst*, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika. Düsseldorf 1873 — 1881. I—III. Bd.
- Howland*, Annals of North America. Hartford 1877.
- Jerrold*, Life of Nap. III., London 1882. IV. Band.
- Keraty*, Maximilien. Lpzg. 1867.

- Lossing*, Gesch. d. Ver. St. Stuttgart. Bd. V und VI.
- Magen*, Histoire du second empire. Paris 1878.
- Mangold*, Gesch. d. am. Bürgerkrieges. Frankfurt 1877.
- Mc Carthy*, History of Our Own Times. London 1880,
III. Band.
- Molesworth*, The History of England. London 1874. III. Bd.
- Martin*, Histoire de France depuis 1789. 1883, Paris
VI. Band.
- Mc Pherson*, The Political History of the Rebellion.
Wash. 1864.
- Martin*, Leben des Prinzen Albert, Gotha 1881. V. Bd.
- North American Review. 1879.
- Pollard*, The Lost Cause. New York 1866.
- Pollard*, The First Year of the War. Richmond 1862.
- Papers rel. to the Treaty of Washington. Wash. Gov't Pr.
Office 1872. I—IV. Bd.
- Paris*, Comte de, Hist. de la guerre civile en Amérique.
Paris 1874, II. Bd.
- Quarterly Review. 1880.
- Russell*, Lord John, Erinnerungen und Rathschläge. 1876.
- Russell*, Lord John, Speeches and Despatches. London 1870.
II. Band.
- Russell*, W. H. My Diary North and South. London 1863.
- Senior*, Nassau W. Conversations with distinguished persons
during the second empire. From 1860—1863. London
1880.
-

